

So zerstritten die Anhänger und die Gegner des Brexit auch sein mögen – in diesem Punkt sind sie sich einig: Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union, ob mit oder ohne Scheidungsvertrag, ist ein absolutes Jahrhundert-Ereignisse der britischen Geschichte. Ein Drama, bei dem man sich an ein berühmtes Zitat des Historikers Leopold von Ranke (1795 – 1886) erinnert fühlt:

„Nicht Blindheit ist es, nicht Unwissenheit, was die Menschen und Staaten verdirbt. Nicht lange bleibt ihnen verborgen, wohin die eingeschlagene Bahn sie führen wird. Aber es ist in ihnen ein Trieb, von ihrer Natur begünstigt, von der Gewohnheit verstärkt, dem sie nicht widerstehen, der sie weiter vorwärts reißt, solange sie noch einen Rest von Kraft haben. Göttlich ist der, welcher sich selbst bezwingt. Die meisten sehen ihren Ruin vor Augen; aber sie gehen hinein.“

(Quelle: Leopold von Ranke, Fürsten und Völker von Süd-Europa im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert, Berlin 1838/39)

Ist dieses Zitat zu hoch gegriffen? Ganz sicher nicht, denn inzwischen geht es nicht nur um die künftige Stellung Großbritanniens in Europa, sondern um den Bestand des Vereinigten Königreichs. Premierminister Boris Johnson schwingt in diesem Zusammenhang Reden, die eigentlich in der britischen Öffentlichkeit einen Sturm der Entrüstung auslösen müssten, weil sie eher an Hitler im Berliner Führerbunker im April 1945 erinnern: „Kampf oder Untergang!“ Das ist zutiefst verantwortungslose Rhetorik. Die Wirtschaft warnt mit steigendem Nachdruck und harten Zahlen, die Bank of England ebenso. Wer oder was kann diesem Kurs in den Ruin noch Einhalt gebieten? Das Unterhaus, zerstritten, wie es nach wie vor ist?

Die Koalition aus Konservativen und der nordirischen DUP hat im Parlament nur noch eine hauchdünne Mehrheit von einer Stimme. Was könnte dieses Unterhaus tun, um Boris Johnson in den Arm zu fallen? Die Labour-Opposition könnte in der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause, also Anfang September, ein Misstrauensvotum gegen den Premierminister beantragen. Findet sich dafür eine Mehrheit, so hätte die Opposition 14 Tage Zeit, um eine neue Regierungsmehrheit auf die Beine zu stellen. Wenn das misslingt, so müsste der Premierminister einen Termin für Neuwahlen festsetzen, und die könnten frühestens nach 25 Tagen stattfinden. Ein erneuter Urnengang könnte demnach auch in den November fallen, was die Brexit-Hardliner schon jetzt in Vorfreude verfallen lässt. Bis zu diesem Punkt ist das Wahlgesetz aus dem Jahr 2011 eindeutig.

Leider gilt das nicht für die weitere Frage, ob Boris Johnson in dieser Phase zum Rücktritt gezwungen werden kann. Der Premierminister hat jedenfalls, ähnlich wie der Bundeskanzler nach dem Grundgesetz, eine vergleichsweise starke Stellung. Wenn Boris Johnson den Rücktritt verweigern würde, wäre das gleichbedeutend mit einer sehr ernsten Verfassungskrise, in die sogar die Queen hineingezogen werden könnte, denn die Opposition könnte von der Monarchin verlangen, den Premierminister zu entlassen und einen Politiker mit der Regierungsbildung zu beauftragen, den das Unterhaus ihr vorschlägt. Damit würde die Queen jedoch in die aktuelle Politik hineingezogen, was jeglicher Tradition widerspräche. Wie verworren im Übrigen die Rechtslage ist, zeigt sich hier: Einerseits ist gesetzlich festgelegt, dass Großbritannien zum 31. Oktober die EU verlässt, ob mit oder ohne Austrittsvertrag. Andererseits hat das Parlament einen No-Deal ausgeschlossen.

Niemand kann heute sagen, ob Großbritannien vor einer Krise von historischen Dimensionen steht. In Schottland ist die Zustimmung für ein neues Unabhängigkeitsreferendum in Umfragen in die Höhe geschellt. Und auch die republikanische Bewegung in Irland, die die Wiedervereinigung der Insel will, sieht sich im Auftrieb. Die Gefahr, dass der Brexit zu einem Kleinbritannien führt, ist sehr real.

Aus Meinungsumfragen wissen wir, dass eine Mehrheit der Tory-Mitglieder, die bei der parteiinternen Urwahl Johnson gewählt haben, den Zerfall Großbritanniens für einen akzeptablen Preis hält, wenn es darum geht, wieder unumschränkt „Herr im eigenen Haus“ zu sein. Die Gefahr, dass in Nordirland das Karfreitagsabkommen nicht mehr zu halten ist und die Gewalt an dieser EU-Außengrenze wiederbeginnt, werde überbewertet und sei in Kauf zu nehmen.

US-Präsident Donald Trump hat unterdessen in London erneut und demonstrativ ausgerichtet lassen, die Vereinigten Staaten würden einen „No-Deal-Brexit“ begrüßen. Überbringer dieser Botschaft war bezeichnenderweise nicht ein Handelsexperte, sondern der oberste Sicherheitsberater John Bolton, der dem Kabinett Johnson noch einmal ein umfassendes Handelsabkommen in Aussicht stellte, über das man zunächst, nach Sektoren, mit den schwierigsten zum Schluss“, verhandeln könne. Offenbar hält Trump es für notwendig, die Phalanx der Brexit-Hardliner zu stärken.

Das sind die Realitäten. Ursula von der Leyen, die künftige EU-Kommissionspräsidentin, sieht die Gefahr, dass in Nordirland die Gewalttätigkeit wieder aufflammt, und hat die Bewahrung friedlicher Zustände in dieser Region als eines der wichtigsten Ziele ihrer Präsidentschaft bezeichnet. Das sollte den Europäern und auch unseren britischen Freunden ein Anlass zur Hoffnung sein, dass noch nicht alles verloren ist.